

# Samstag-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mitteldeutschland

Samstag-Zeitung erscheint wöchentlich Samstag und Sonntags. Die Tagesgebühr beträgt in Stadt und Land durch die Post bei Freizahlung monatlich 11.50, in den Ausgabestellen abwechselnd 11.40 monatlich. Die abendliche Anzeigen-Abteilung folgt im Ortsvertrieb 11.50, im auswärtigen Vertrieb 12.50. Refraktionen der Anzeigen-Zeile 11.40 im Ortsvertrieb und 12.50 im auswärtigen Vertrieb. Tagespreis: 10 Pfennig. Über die Abonnentengelder wird keine Haftung übernommen.

Druckerei: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Deubenstraße 17. Vertriebsstellen: Halle a. S., Markt 24, Markt 25, Markt 26, Markt 27, Markt 28, Markt 29, Markt 30, Markt 31, Markt 32, Markt 33, Markt 34, Markt 35, Markt 36, Markt 37, Markt 38, Markt 39, Markt 40, Markt 41, Markt 42, Markt 43, Markt 44, Markt 45, Markt 46, Markt 47, Markt 48, Markt 49, Markt 50, Markt 51, Markt 52, Markt 53, Markt 54, Markt 55, Markt 56, Markt 57, Markt 58, Markt 59, Markt 60, Markt 61, Markt 62, Markt 63, Markt 64, Markt 65, Markt 66, Markt 67, Markt 68, Markt 69, Markt 70, Markt 71, Markt 72, Markt 73, Markt 74, Markt 75, Markt 76, Markt 77, Markt 78, Markt 79, Markt 80, Markt 81, Markt 82, Markt 83, Markt 84, Markt 85, Markt 86, Markt 87, Markt 88, Markt 89, Markt 90, Markt 91, Markt 92, Markt 93, Markt 94, Markt 95, Markt 96, Markt 97, Markt 98, Markt 99, Markt 100.

### Fortsetzung im Haag!

Die russische Frage vor der Sachverständigenkommission / Tschitscherin protestiert auf neue / Ein Konkurrent des Fälschers / Schließung aller hallischen Bäckereien.

#### Lloyd George setzt sich durch.

Genève, 14. Mai. Lloyd George hat am Sonntag nachmittag mit den Vertretern der Kleinen Entente verhandelt, ebenso mit den Neutralen. Erörtert wurde die Frage der Sachverständigenkommission für die russische Angelegenheit. Über den Lauf der Verhandlungen wird Stillhalte geboten, aber soweit ist doch durchgedrungen, daß Lloyd George die anderen Mitglieder dieser Kommission von der Wichtigkeit seines Standpunktes hat überzeugen können. Die anderen zeigen wieder ein recht verdorrtes Wesen. Das untrügliche Barometer dafür, daß sie mit ihren Anträgen auf neue in die Vereinbarungen hineingeraten. Am Sonntag steht eine neue Aussprache zwischen Lloyd George und den Kleinen Entente. An ein mögliches Aufheben der Konferenz durch Lloyd George zu erkennen geizig, daß ihnen an dem Friedensvertrag mit den Russen viel gelegen ist. Aber auch bei den Belgiern soll Lloyd George ein Verständnis gefunden haben, das nach dem bisherigen Gange der Dinge zu erwarten ist. Die Belgier erklärten, sie würden an der Sachverständigenkommission teilnehmen. Selbstverständlich steht da das schließliche Erlangen von Konsenslinien die Kontrolle. Die Russen haben sich seit Sonnabend vollständig in Schweigen.

der Mittel vorlegen soll, durch die Ausland sich wieder erheben könne.

Newport, 14. Mai. Der deutsche Botschafter in Washington, Riebelitz, ist am Dampftrampel in Newport eingetroffen. Vertreter der Stadt und der Regierung haben dem Dampftrampel entgegen und begleitet das Schiff in den Hafen. Hier begrüßte den Botschafter eine Kommission hervorragender Bürger deutscher Abstammung. Ihr Führer, Polizeikommissar Oberwieser, hielt eine Begrüßungsansprache des Inhaltes, daß Amerika den Botschafter als Freund willkommen heiße. Dieser antwortete, er sei mit dem Gewandte hierher gekommen, das Gefühl der Freundschaft zwischen beiden Völkern zu stärken und die letzten Spuren des begrabenen Falles zu verwischen.

#### Eine Protestnote Tschitscherins.

Rußlands Behandlung eine massierte Blockade!

Genève, 15. Mai. Tschitscherin hat gestern dem Präsidenten der politischen Kommission Scharer eine Note überreicht, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß sich Rußland durch die Einheitsfront der Mächte gefährdet sehe. Die russische Regierung nimmt darin Stellung zu der Ansicht, Rußland von der Prüfungskommission auszuschließen oder aber nur eine beratende Stimme zuzuerkennen und protestiert gegen die Verpflichtung der beteiligten Staaten, während der Dauer der Sitzungen der Prüfungskommission keinerlei Separatverträge abzuschließen. Die russische Regierung lehnt diese Forderung ab, da die russische Delegation ihre Unabhängigkeit hat, sich am liebsten über die Arbeiten der Kommission und insbesondere über die getroffenen Entscheidungen zu unterrichten, sieht sie sich verpflichtet, den absolut unannehmbaren Charakter dieses schwerwiegenden Beschlusses zu unterstreichen. Vor allem drückt die russische Delegation ihre Ueberraschung darüber aus, daß sie nicht eingeladen wurde, ihre Absichten über die von ihr selbst gemachten Vorschläge zu erläutern. Was die zu treffenden Entscheidungen der Mächte anbelangt, so sieht sich die russische Delegation verpflichtet, festzustellen, daß anstatt das Einvernehmen zwischen den Mächten und Rußland zu erleichtern, diese Beschlüsse lediglich dazu dienen, die in Genève bereits erzielte Annäherung zwischen Rußland und den Mächten wieder zurückzuführen zu machen. Außerdem kommt durch diese Beschlüsse wieder die alte Methode zur Lösung der russischen Frage, die sich als untauglich und unfruchtbar erwiesen hat, wieder zur Geltung. Der Ausschluß Rußlands würde den Kommissionsarbeiten jeden objektiven Charakter nehmen und sie auch jeder moralischen Autorität nicht nur in den Augen des russischen Volkes sondern auch in denen der ganzen öffentlichen Meinung der Welt berauben. Die zweite Entscheidung, die die Mächte verpflichtet, während der Dauer der Tätigkeit der Kommission keine Separatverträge zu schließen, ist nur eine neue Art massierter Blockade, die gegen die Interessen des russischen Volkes gerichtet ist, welches darin nur einen neuen Akt der Feindseligkeit gegen seine Lebensinteressen erblicken würde. Uebrigens würde auch eine solche Entscheidung im offenen Widerspruch stehen mit dem anderen Vorschlage der Mächte, sich jeder Feindseligkeit zu enthalten. Die russische Delegation stellt fest, daß jedesmal, wenn ein Abkommen geschlossen werden sollte, gewisse Mächte ihre eigenen Interessen über die Europas und des Friedens stellen.

Zum Schluß verlangt die Note, anstatt einer sofortigen Einigung der russischen Kommission, die sofortige Einberufung der politischen Kommission, wo die russische Delegation ihre Absichten, betreffend die Bildung gemischter Expertenkommissionen, vorlegen wird. Die Note ist von Tschitscherin unterzeichnet und hat in Konferenzkreisen stark benehrenden Erfolg.

#### Russische und Rheinlandbesetzung.

Paris, 15. Mai. Die „Chicago Tribune“ erklärt, daß Morgans in den Sitzungen des von der Reparationskommission eingesetzten Anleihe-Komitees den Antrag stellen werde, daß die alliierten Streitkräfte von Rhein zurückgezogen werden, damit Deutschland leicht seine Reparationslasten tragen könne.

#### Gold für Petroleum.

Paris, 15. Mai. Deure teilt aus Genève mit, bereits am Sonnabend sei zwischen den englisch-holländischen Petroleumgesellschaften und den Vertretern der Sowjeten ein Abkommen unterzeichnet worden und der russischen Regierung aus diesem Grunde ein ziemlich hoher Vorkauf in Goldrubeln zugesichert worden. Man spreche von etwa 100 Millionen.

#### Italienisch-südslawische Verständigung.

Belgrad, 15. Mai. In der italienisch-südslawischen Streitfrage steht eine Einigung bevor. Heute abend wird der Ministerrat einen Beschluß über die Annahme des von Dalmatien vorgelegenen Kompromisses fassen.

### „Der Kampf der Drei“.

Entwürfe über das Spiel von Versailles.

Zu den interessantesten neuen Entwürfen über das Spiel hinter den Kulissen von Versailles gehört das soeben erschienene Buch des Kommandanten Mermeix, das uns die Persönlichkeiten Clemenceau, Lloyd George und Wilson durch viele spannende Einzelheiten plastisch vor die Augen stellt und uns einen Blick in die geradezu grandiosen Kämpfe hinter den Kulissen der Verhandlungen von Versailles gestattet, mit der die Räter verhandelt. Versailles über das Schicksal ganzer Völker und untergeordneter demeritenswerten in dem Spannen und geschickten Landpolitik, aus denen wieder einmal klar herorgeht, mit welcher Zähigkeit die Franzosen ihr Ziel der Gewinnung des linken Rheingebietes während des Krieges verfolgt haben und wie sie alle sich dabei beweisenden Widerstände zu umgehen wußten. Mermeix schreibt u. a.: „Im Jahre 1916 hatte die französische Regierung nach einer Zeit des Zögerns und Zögerns sich endgültig dahin entschieden, daß Frankreich im Falle des Sieges Elsaß-Lothringen mit seinen Grenzungen von 1792, mit dem Saarthal, Lothringen und dem Jura-Bezirk erwidert würde.“ Die Regierung hat sich also streng genommen keine eigentliche Annexion, sondern nur die damaligen französischen Gebelände in Petersburg, Danzig, Danzig, dargelegt. Charakteristisch ist dabei, daß Frankreich, das später nämlich sofort nach dem Zerfall Rußlands, ein unabhängiges Polen als ein seiner vornehmsten Kriegsziele proklamierte, damals als Gegenleistung für seine Einwilligung in die französische Rheinlandpolitik „freie Hand in Polen“ ließ. Nach charakteristischer ist es, daß man dieses Sonderabkommen mit Rußland dem englischen Verbündeten vorgeschrieben. Zwar waren durch Edward Grey und den französischen Botschafter in London Unterredungen darüber aufgenommen worden, aber die Franzosen merkten bald, daß den Engländern diese Angelegenheit höchst unwillkommen war, und so verließ die Aktion im Sande.

Bei den Pariser Friedensverhandlungen war Rußland nicht zugegen, und Clemenceau mußte daher mangels anderer Unterstützung das französische Programm in dieser Frage allein gegen Wilson und Lloyd George durchsetzen. Anfangs schien Wilson, wie Mermeix berichtet, den französischen Forderungen günstig gestimmt zu sein; aber bei seiner Rückkehr aus Amerika am 14. März hatte er seine Ansicht geändert, und von diesem Zeitpunkt an kämpfte er ebenso sehr wie Lloyd George selbst gegen die französischen Rheinlandpläne, wie gegen die ganzen französischen Angriffe auf die Einheit Deutschlands. An die Durchführung einer glatten Annexion war natürlich nicht mehr zu denken, aber Clemenceau ludte von dem ursprünglich mit Rußland vereinbarten Programm zu retten, was irgend zu retten war. Es fanden Unterredungen zwischen den Franzosen und Engländern statt, und am 22. März entwarf Lardieu auf Clemenceaus Anweisung ein Schriftstück, welches die Forderungen zusammenfaßt für die Clemenceau fortsetzt. Nach diesem sollte „im allgemeinen Friedensinteresse und um die Durchführung der Säkularisation des Völkerbundes zu sichern, die Westgrenze Deutschlands am Rhein errichtet werden“, und Deutschland insofern gegen jede Souveränität über die linksrheinischen Gebiete verdrängt. Aus diesen sollten mehrere unabhängige Staaten unter dem Schutze des Völkerbundes errichtet werden, und die deutsche Regierung sollte sich überdies verpflichten, den neuerrichteten Staaten die für ihre Industrien nötigen Kostenlennungen zu garantieren. Dies war ungefähr der Inhalt der französischen Ansprüche, wie sie zwischen den „großen Vier“ vom 14. März bis 20. April erörtert wurden. Endlich ließ, wie Mermeix berichtet, Clemenceau seine Ansprüche fallen als Gegenleistung für das dreiseitige Schutzabkommen und für die Feststellung des Zeitraumes der Rheinlandbesetzung (eines Jahres Schutzes, als er ursprünglich verlangt hatte) auf 15 Jahre, mit der weiteren Bestimmung, daß sich nach ihrem Ablauf das Rheinland wieder besetzen könne, falls Deutschland seine Sonderabnahmeverpflichtungen nicht erfüllt. So hatte Clemenceau zwar formell nicht sein ursprüngliches Ziel erreicht, aber doch immerhin einen für die Franzosen befriedigenden Ausgleich geschaffen, der ihnen die Möglichkeit offen ließ, auf illegalem Wege das zu erreichen, was ihnen Versailles verlagte hatte: den unabhängigen Rheinstaat bzw. die Annexion durch Frankreich.

Das Mermeix'sche Buch ist auch an anderen höchst interessanten Daten und Einzelheiten reich, und man kann es nur mit Genugtuung begrüßen, daß literarischer Ehrgeiz so manchen Franzosen heutzutage dazu verführt, einiges aus der Schale zu plaudern.

#### Der Schlüssel zum deutsch-polnischen Vertrag.

Die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages und damit der Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen in Gené wurde auf heute nachmittag 3 Uhr angesetzt. Die Sitzung wird öffentlich sein. Sie wird im Generalsekretariat des Völkerbundes von Calonder mit einer längeren Rede eröffnet werden, auf die Reichsminister a. D. Schöffer und der polnische Bevollmächtigte Dłuski antworten werden. Nach Beendigung der Rede erfolgt die Unterzeichnung. Der Austausch der Ratifikationen wird Ende Mai stattfinden.

#### Die Weiterbehandlung der Russenfrage.

Burgfrieden — Keine Sonderabkommen mehr.

Genève, 15. Mai. Wie von englischer Seite mitgeteilt wird, wurde in den Sitzungen der Vertreter der fünf einbindenden Mächte beschlossen, der Unterkommission der ersten Kommission vorzuschlagen, für den 15. Juni Vertreter von dem h a g zu entsenden, die entscheiden sollen, welche Staaten in der Sachverständigenkommission vertreten sein sollen. Diese Kommissionen werden ebenfalls im Haag mit der Russen zusammen ihre Sitzungen abhalten. Während dieser Zeit wird ein Burgfriede auf der Grundlage der Gegenleistung angenommen. Nach einem Vorschlag Lloyd Georges sollen die Vereinigten Staaten zuerst werden, ob sie in dem Sachverständigenausschuss vertreten sein wollen. Während dreier Monate nach dem Zusammentritt der Kommissionen dürfen keine Separataktionen mit Rußland abgeschlossen werden. Von französischer Seite wird bekanntgegeben, in der Antwortnote werde die russische Note vom 11. Mai, die morgen der Unterkommission unterbreitet wird, zunächst die Kritik der Russen in dem Memorandum zurückweisen. Sachverständigenausschlüsse sollen die Frage der Schulden, des Privatigentums, der Reparation, der Schäden und der Kredite prüfen. Im Haag sollen am 26. Juni zwei Ausschüsse zusammentreten, von denen der eine aus den nicht-russischen Staaten, der andere aus Vertretern Rußlands besteht. Wenn der erste genannte Ausschuss es für nötig hält, soll der russische Ausschuss zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladen werden. Die Mächte, die in der Sachverständigenausschuss vertreten sein werden, verpflichten sich, von jedem Angriff und jeder Propaganda Abstand zu nehmen.

Nach französischer Darstellung haben die in der Unterkommission vertretenen Mächte, soweit sie das Memorandum von Rußland unterzeichnet haben, beschlossen, daß die nicht-russischen Sachverständigen von ihren Regierungen ernannt werden. Am 15. Juni soll eine Präliminärversammlung abgehalten werden. Während einer Frist von vier Monaten am 26. Juni ab verpflichten sich die in der Sachverständigenkommission vertretenen Staaten, keinen Separatvertrag mit Rußland abzuschließen. Alle in Genève vertretenen Mächte und die Vereinigten Staaten, nicht aber Deutschland werden eingeladen werden, sich auf der Konferenz im Haag vertreten zu lassen. Die französische und die belgische Delegation verpflichten sich, falls die Russen den Vorschlag annehmen, ihren Regierungen zu empfehlen, sich im Haag vertreten zu lassen.

#### Ohne Amerika kein Aufbau.

Paris, 14. Mai. Der Sonderberichterstatter der Agence France von Genève berichtet: Die Genuever Konferenz ist lo gut wie beendet. Die Konferenz wird wahrscheinlich im Dienstag durch eine letzte Vollziehung ihre Arbeiten beenden. Aus den gestrigen Beratungen hat sich ergeben, daß ohne die Mitarbeit der Vereinigten Staaten der Wiederaufbau Rußlands unmöglich ist. Schon gestern abend ist der Botschafter der Vereinigten Staaten in Rom beauftragt worden, seine Regierung von dem Wunsch aller in der politischen Unterkommission vertretenen Mächte Kenntnis zu geben. Weiter will der Sonderberichterstatter in letzter Nacht in zukunftsweisenden amerikanischen Kreisen die Überzeugung gewonnen haben, daß die amerikanische Regierung geneigt ist, sich an den Arbeiten der Sachverständigenkommission zu beteiligen, die nach Schluß der Konferenz die Prüfung

# Neues vom Meisterräuber Anspach.

Die Unterredung in der Wüste des Meisterräubers Anspach nimmt außerordentliche Ausdehnung an. Manches muß noch geheimgehalten werden, um den Fortgang der Nachforschungen nicht zu erkennen. Eine Reihe von Mitteilungen ist bereits hinter Schloß und Riegel. Anspach scheint Anspach auch in Einflußbereichen sich zu betätigen zu haben. Aber er liebt es darin nicht bei Eingeweihten zu verweilen, sondern beschließt seine Tätigkeit gleich wieder auf politische Gebiet aus. Er fälligte ganze Waffenschnitzarbeiten, z. B. zwischen dem Staatsgebäude im Osten. Auch durch hier eine weltumspannende Tätigkeit. In dieser Hinsicht muß er einflußreiche Helfer gehabt haben, die seine Tätigkeit besonders verhängnisvoll machten. Doktor diplome und Besetzungsfähigkeit er hat in Waffeln. Fertig gekommene Tätigkeiten hatte er stets auf Lager, er trat bei Nachfragen nur nach die Notizen für die einzelnen Fälle ein, und zwar berüchtigte er da jedesmal, die speziellen Wünsche der Herren Kandidaten. Doktorisierungen lieferte er, indem er sie sich aus alten Rostlosen akademischer Buchhandlungen beschaffte. Die ersten Seiten wurden entfernt, Titelblatt und Lebenslauf mit dem Anfang neugedruckt, und die Doktorarbeit war fertig. Selbstverständlich unterließ es Anspach, der gründliche Arbeit nach, nicht, die vorgeschriebene Anzahl Pflichtleistungen an den amtlichen Stellen, in der Staatsbibliothek zu hinterlegen. Er wohnte in Berlin mehrere Wohnungen. Eines Tages wurde er lebensüberdrüssig und lud sich mit Morphium zu vergiften. Aber das Morphium, in dem er ebenso wie in Opium und Salzwasser große Schiebergeschäfte machte, war zu stark verdünnt, als daß es ihn hätte ins Komma befördern können. Von da ab erwarb er vom neuen der Drogum zum Leben zu ihm und er fälligte weiter mit Leidenschaft.

Ueber die Art, wie es gelang, den Räuber Anspach zu entlocken, wird aus Breslau berichtet: Anspach hatte sich im Herbst vorigen Jahres mit der Tochter eines angesehenen Berliner Rechtsanwaltes verheiratet, demgegenüber er sich als Dozent und hohen Richteramt auswand. Da dem Schwiegervater Bedenken wegen der Ehefrau des Doktor ist Anspachs gekommen waren und er die Verbindung eines Ausweises verlangte, beschloß Anspach in Breslau die Doktorarbeit zu erledigen, wo eines seiner Werkzeuge, der ehemalige Schülerwaidler Seminarist G. S. H. n. d. er wurde im Exzelle hand, für einen Berliner Handelschicksaler die Staatswissenschaftliche Doktorprüfung abzulegen. Ein Breslauer Student, dem das Auftraten Schönbergs verdächtig vorkam, unterrichtete die Breslauer Universitätsbehörde. Es gelang so, die beiden Falscher auf Schritt und Tritt zu beobachten. Alle von Anspach eingereichten Studienarbeiten waren gefälscht, jedoch so musterhaft und lauter, daß sie nur äußerst schwer als Fälschungen zu erkennen waren. Die Prüfung Anspachs hatte im März stattfinden sollen. Anmelden aber war er nach Berlin zurückgegangen. In der Anspachaffäre sind nun auch in Breslau mehrere Personen verhaftet worden, denen Anspach gefälschte Notizenpapiere und Universitätsausweise verkauft hatte.

## Noch ein Fälscher!

Spezialität: kommunizistische Geheimstiftungen und Wasserlager. Berlin. Der 21 jährige Bote Willibald Bergholz wurde verhaftet, der schon früher sich durch allerbald Schwindelreden bemerkbar machte und dann dazu überging, von ihm gefälschte Berichte über Geheimstiftungen der Kommunisten gegen Entscheidung auf rechtschaffende Presse zu liefern. Er hatte sich Briefbogen drucken lassen mit dem Kopf „Präsident des V. C. B. U.“ (Völkerrechtlicher Bewohnersausschuß) und kommunizistische Internationale Berlin“ und „Präsident der V. B. U. (Internationaler Bewohnersausschuß)“. Auf diesen Briefbogen lieferte er angebl. Protokolle über kommunizistische Geheimstiftungen sowie über angebl. Waffenbestände der Kommunisten, Kampfpäne und dergleichen mehr. Nachdem die Polizei ihn längere Zeit beobachtet hatte, ist er jetzt verhaftet worden.

## Lohnstatistik.

### Ein neuer Geheimwurf.

Ein dem Reichstage zugegangener Geheimwurf schlägt Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten vor. Bei der Aufstellung der Erhebungsunterlagen ist ein lohnstatistischer Beirat hinzuzuziehen. Das Gesetz über die Form eines Rahmengesetzes haben. Sobald nach seiner Verabschiedung soll ein monatlich wiederholten Erhebungen kleinerer Umfange in Gewerbetrieben mit einfach gelagerten Lohnverhältnissen begonnen und hier Eilfertigkeit allmählich ausgebaut werden. Daneben sollen in größeren Betrieben am besten Erhebungen stattfinden, die sich auf alle von den Reichsarbeitersgemeinschaften vertretenen Gewerbetriebe und alle Gegenstände des Reiches zu erstrecken hätten. Aus Gründen der Sparfamkeit und der rascheren Aufarbeitung kann man sich auch hier auf eine Reihe von typischen Betrieben — etwa 15 000 im Reich — beschränken. Jeder Arbeitgeber soll verpflichtet werden, die Vordrucke wahrheitsgemäß auszufüllen und zu unterschreiben, während die Arbeitnehmer dies zu beistehen haben.

## Höhere Teuerungszulagen für Militärentner.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Teuerungszulagen für die Militärentner, die bisher auf Grund von Veranlagungsanordnungen durchgeführt worden sind, gleichmäßig regelt. Im Vordergrund zum Standpunkt der Verheirateten der Kriegsdienstbedürftigen und Kriegshinterbliebenen soll nicht eine allgemeine Erhöhung der Teuerungszulagen Platz greifen, sondern es sollen davon die Leichtbehinderten und die erwerbsfähigen Witwen ausgenommen sein, bzw. sollen die Teuerungszulagen bei Rentenempfängern weggelassen, deren Einkommen die jeweiligen Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung um mehr als die Hälfte übersteigt. Die neuenätze betragen mindestens das 2/3 fache der Teuerungszulagen nach dem Ertrag vom 1. Dezember 1921, bei den Hinterbliebenen liegt darüber das vierfache. Für das Sterbegeld, die Pflegezulage und die an die Blinden zu zahlenden Unterhaltungskosten für den Jahreshund soll eine allgemeine Erhöhung Platz greifen.

## Der schwarze 8. August.

Oberleutnant Niemann, im letzten Kriegsjahre Vertreter der Obersten Verwaltung beim Reich, verlor im Tag seine Erziehung an die entsetzlichen Monate des Sommers 1918. Aus seiner Schilderung des Bundes, den der schwarze 3. August überbrachte, beim Kaiser und der 2.3.2. hervortritt, über ein geschickliches Interesse, daß der Kaiser

damals in einer Beziehung mit Hindenburg und Ludendorff lagte:

„Ich sehe ein, wir müssen die Bilanz ziehen. Wir sind an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Der Krieg muß beendet werden.“

Oberleutnant Niemann schreibt dazu: Der Herr auf dem der Ungehorsam war gebrochen, das entscheidende Wort, das zu formulieren und auszuführen die besten militärischen Träger des Siegeswillens sich gedrückt hatten, war von fälschlichen Lippen gefallen und unüberhörbar geworden. Das Wort bedeutete einen Entschluß, der eine völlige Umkehr bedeutete, der sich nicht allein militärisch auswirken mußte, sondern tief hinein in alle Abteilungen des politischen Lebens, ja in unsern gesamten nationalen Dasein.“

## Zum Volkentscheid in Sachsen.

Wie schon kurz berichtet, hat das sächsische Gesamtministerium nachträglich doch eingeschoben, daß es sich gegen den ausgesprochenen Willen aller nicht sozialistischen Parteien nicht im Amt halten kann, auch wenn es sich auf zwei kommunizistische Stimmen für seine Mehrheit im Parlament beruft. Es hat deshalb dem Antrag auf Zulassung des Volksgesetzes bezüglich Landtagswahlprüfung zugestimmt.

Zum ersten Mal seit der Revolution wird in Deutschland ein Volkentscheid durchgeführt werden. Die Stimmabgabe soll am 6. Juni beginnen und am 19. Juni enden. Die Entscheidung der sächsischen Regierung ist zweifelslos noch beschleunigt worden durch die Anträge der sächsischen Kommunisten bei der Beratung des Justizgesetzes und des Polizeigesetzes. Beiden wollen sie nur zustimmen, wenn ihre Forderungen bewilligt werden: Abschaffung der Technischen Reichsliste, schleunige und rasche Entmilitarisierung der Polizei, Erlass einer Amnestie und Einberufung der Betriebsräte, Vorlegung gewisser Gesetze. Besonders die letzte Forderung mußte der Mehrheitssozialdemokratie unerlässlich erscheinen.

Nun wird also das sächsische Volk selbst über den Fortbestand oder das Ende seiner sozialistischen Regierung entscheiden. Natürlich wird durch diese Entscheidung allein, selbst wenn sie, wie anzunehmen, sich gegen die jetzige Regierung wendet, noch kein grundlegender Wandel in der sächsischen Landespolitik geschaffen werden. Eine Geländung und Entspannung und ein positiver Aufbau ist nur denkbar, wenn es gelingt, für die Zukunft eine Zusammenfassung der demokratischen Kräfte des Landes von der B.-S.-Partei bis zur Sozialdemokratie zu einer praktischen parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zu schaffen. Ob dieses notwendige Ziel freilich durch die außerordentliche Volksstimme überhaupt noch erreichbar bleibt, muß sich schon bald zeigen.

## Gleiches Recht für alle!

### Ein Wort für die mittleren Justizbeamten.

#### Von Justizrat Bernhard Jast-Sch.

Justitia est fundamentum regnorum. Eine ausgeglichene Rechtspflege ist das erste Erfordernis eines geordneten Staatswesens. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die sich aber immer noch nicht völlig auswirken kann. In der Vorkriegszeit wurden die Justizverwaltung und ihre Beamten bevorzugt hinter anderen Verwaltungszweigen zurückgelassen. Obere und mittlere Justizbeamte standen ihrer glücklicheren Berufsausübung anderer Sparten, besonders der allgemeinen Staatsverwaltung, trotz großer Verdienste und trotz wenigstens in der Regel ein stärkerer dienstlicher Beanspruchung im Range und damit auch im Gehalts nach. Beförderungsmöglichkeit, Titel, Würden, Orden, Lebensämter winkten den Regierungsbeamten in weit höherem Maße als denen, die sich der Rechtspflege widmeten. Die Folge war nicht nur eine Senkung der sozialen Stellung der ersteren und eine gesellschaftliche Zurücksetzung der letzteren, sondern — und darauf kommt es an — eine bedrohliche Gefährdung der Rechtspflege selbst, die infolge dieser aus rückständigen politischen Anschauungen geborenen Unbilligkeiten eine fast stetig zunehmende Abwanderung besonders gut beurteilter Menschen und Ämtner zu anderen Verwaltungszweigen zu erzwingen begann. Und diese Abwanderung hat sich in der Folgezeit, wie in der Besetzung auswirkenden Stellungnahme hat die seit der Umwälzung einsetzende Neuregelung gebrochen. Die Gleichstellung der Richter mit den Verwaltungsbeamten ist im großen und ganzen erreicht. Auch die Sekretäre der Justizverwaltung sollen ebenso gestellt werden, wie die der Post, der Eisenbahn, der Regierung u. s. f. Leider ist es hier aber bisher nur bei dem „J. O. R.“, aber, wie ich lieber sagen möchte, beim guten Willen geblieben. Die preussische Gesetzgebung hat mit der des Reiches nicht gleichen Schritt gehalten.

Das Reich hat für seine Verwaltung eine große Anzahl von Stellen in Gruppe 10 geschaffen. Genau in demselben Verhältnis muß die Justizverwaltung Beförderungsmöglichkeiten für ihre Beamten erhalten. Das ist um so mehr geboten, seitdem die Justizbeamten sich in wachsendem Maße neuen, schwierigen und außerordentlich verantwortungsvollen Arbeiten zu unterziehen haben. Viele Gerichtspräsidenten werden heute als Organe der Rechtspflege in Aufgaben, die bisher dem Richter vorbehalten waren. Auch nach Annahme des dem Landtage vorliegenden Haushaltsplans für 1922, der für die Justizverwaltung 778 Inspektoren und 713 Oberinspektoren vorsieht, wird zur Durchführung der Entlassungsgesetze noch eine große Zahl von Justizbeamten in Gehältern tätig sein, die früher in dem Kreis der niedrigeren Aufgaben waren. Das ist ein Zustand, der nur für eine kurze Uebergangszeit erträglich ist. Die Verantwortlichkeit für so wichtige und schwierige Geschäfte liegt besonders Eignung und Bewährung voraus. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Berechtigung und die Notwendigkeit, diese Dienststellen ausnahmslos nur Beamten in gehobener Stellung anzuvertrauen. Gleiche Pflichten sehen gleiche Rechte voraus.

Ein Vergleich mit der Reichsfinanzverwaltung beweist weitgehend, wie ungünstig die Beförderungsverhältnisse der Justizbeamten sind. Bei der Reichsfinanzverwaltung kommen auf die 7. Gruppe 32,9 Prozent, bei der 8. Gruppe 50,1 Prozent, bei der Eisenbahn auf die 7. Gruppe 47,5 Prozent, bei der Eisenbahn auf die 8. Gruppe 47,5 Prozent, bei der Reichsfinanzverwaltung auf die 7. Gruppe 16,6 Prozent der Beamten. Dazu sind für die Gerichtsleiterbereitschaft noch Beförderungsmöglichkeiten in Bes-

itz gekommen, die früher bestanden. Bis zur neuen Ordnung der Besetzung konnten gemäß einer Ministerialverordnung nur bemehrte Beamte der 7. und 8. Gruppe in die Besetzung der Justizbeamten „befördert“ werden. Die Anordnung behandelt diese beiden bisher getrennten Klassen nicht in demselben Maße. Auf diese Weise ist die Besetzung der Justizbeamten aber nicht durch die Gerichtsleiterbereitschaft in dem Maße, die durchgehend herausragende tüchtige Männer sind, empfindlich getroffen.

Gerade unzulässig sind die Anstellungsverhältnisse in der Justizverwaltung. Die Finanzverwaltung stellt sich als Oberklasse an, die im Jahre 1921 die Besetzung bestanden haben. In der Justizverwaltung waren heute nur Ämtner mit Prüfung aus dem Jahre 1914, sogar aus 1913 auf Anstellung. Diese Überalterung ist gefährlich. Ihr abzuwehren ist dringende Aufgabe der beteiligten Stellen. Deshalb müssen aber eifrigere Staatsnotwendigkeit und demokratische Gewohnheit sich hier wie sonst nicht den letzten Beweiskraft der Gleichstellung der Justizbeamten mit denen der anderen Verwaltungszweige. Der Justizminister Dr. am Rehnhoff kennt aus eigener langjähriger Berufstätigkeit die Wichtigkeit der mittleren Justizbeamten für die Rechtspflege. Seine Aufgabe ist es, insbesondere den Finanzminister hiervon zu überzeugen. Aufgabe der demokratischen Fraktion des Landtages aber es, dafür zu sorgen, daß alles Unrecht gutgemacht und die Rechtspflege dadurch gebietet wird, daß ihre Beamten die Rechte erhalten.

## Aus aller Welt

### Banditenunwesen in Berlin.

In der Sonntagabend wurden der Ministerialamtshauptmann Pauli und der bei ihm wohnende Student Stehle auf der Chaussee Reichow-Weißensee von zwei Männern überfallen durch Schüsse schwer verletzt und ausgeraubt. Die Täter sind in ihrem Auto schwimmenden Opiet zu flüchten entkommen. Die Täter und griffen wenige Minuten später der vorüberkommenden Arbeiter Schulz an. Der eine Räuber wollte auf Schulz schießen, doch verlegte die Waffe. Die Täter entkamen.

Sonntagabend drangen Eindringler ins Gemäldeplaner der Kunsthandlers Müllers in der Courbierestraße im Westen Berlins ein und verübten den Mord mit einer Keule und Goldschloßschlüssel. Als Beamte dort eintrafen, waren die Täter bereits entflohen. Die Verhaftung des Täters wurde in der Nacht durch die Einbrecher in ein Randviertel Halle, dessen Schwäger und Schwemman, ein Kaufmann Rajost in Wülhausen i. S. f.

### Ein Theaterfandal in Berlin.

Sonntag kam es bei der Premiere des Bromsenhills Drama „Watermord“ im „Deutschen Theater“ in Berlin gegen Schluß der Vorstellung zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen Zuschauern und Gegnern der Dichtung. Auch nach Freilen der Bühne wurde die Ordnung nicht aufrechterhalten. Die Täter wurden durch die Polizei festgenommen. Die Verhaftung des Täters wurde in der Nacht durch die Einbrecher in ein Randviertel Halle, dessen Schwäger und Schwemman, ein Kaufmann Rajost in Wülhausen i. S. f.

Ein moderne Geschäfte vom verlorenen Sohn. Folgende fähige Bauteilgeschäfte wird in Wien erzählt: Im Jahre 1918 hinterließ. Der eine, der fleißig und parlam war, trug das Geld in die Sparkasse, bei der die 50 000 Kronen noch heute liegen, die ihm 3 Prozent Zinsen im Jahre trugen. Der andere, ein Laune nicht, der gern ein Gläschen trank, machte für sein wilderliches Erbe ein paar Jahre in Wien. Mit einem Freund, der ihm ein wenig Geld in nicht allzu langer Zeit aus. Man sollte nicht meinen, daß er auf diese Weise das Erbe völlig verpraselt habe. Dieser Tage jedoch verkaufte er die 50 000 leeren Flaschen und erhielt dafür — vier Millionen Kronen.

Ein ganz Geistesloser. Zu einem bekannten Münchener Rechtsanwalt kam kürzlich ein erfolgreicher Jäger und letzte ihm lange und bei einem Gerichtswahl auszuweisen, den er mit einem anderen Ehrenmann seiner Junit hatte. Schließlich trauete er ihn, ob gegen seinen Widerstand prozessieren solle. Der Anwalt behauptete dies eifrig. Das Recht lie ionnenfall auf seiner Seite und das Vorgehen des anderen genese hat an Betrag. Der Prozess wurde von ihm unbedingt gewonnen werden. „So werde ich nicht prozessieren.“ So ein nämlich nicht lie, sondern der andere.“

Ein bedenkliches Kompliment. Eine fünfjährige Dame ist die irische Schriftstellerin Beatrice Grimshaw, die nach einem mehrmonatlichen Aufenthalt auf einer vom Verlehr und Kultur weit entfernten Insel des Stillen Ozeans jetzt nach London zurückgekehrt ist. Mr. Grimshaw hat eine Reihe von Jahren auf einsamen Reisen durch die unfruchtbarsten Gegenden der Welt zugebracht. Sie durchforstete auch die wilde Papua-Insel Gooaribat, wo nach 1902 ein Missionar namens Chalmers von den Eingeborenen umgebracht und aufgefressen worden ist. Die Reisende schildert die dortigen Einwohnern als recht ungemütlich. Sie seien auf sie zugekommen und hätten ihr grimmigst fürchterlich ausgesehen und noch gruseliger geredet. Wenn man sich aber nun Miss Grimshaw als eine etwas ausgebreitete Jungfer vorstellen mag, die ihre Sicherheit etwa dem Umhang verbanke, daß sie den Appetit der Kannibalen nicht mehr zu reizen vermöchte, so tritt man sich. Das beweist schon ihre Erzählung von der jungen Dichterin, einer Schönen mit schubhühnerartigem Haar, wild rollenden Augen und langen, spitzen Zähnen, die in leidenschaftlichen Entzünden den Arm der Besucherin liebte und so weit ging, ihre Zähne künstlich in das Fleisch zu pressen, indem sie verlangend ausrief: „Nehmt guter Hissen!“ Nicht minder gefährliche Abenteuer hat die laipser Frau Abriens auch mit Haisfischen und Mitgeatoren bestanden, denen sie einmal, als sie nach Berlin zurücktauchte, behauptete, noch Opfer gefallen war.

Der Mann mit dem Wettergeheimnis. In der letzten Sitzung der Berliner Meteorologischen Gesellschaft, an der Beamte der preussischen Staatsbibliothek, Direktor O. Schrader, vor einem Kreis von Sachverständigen auf dem Gebiet der Wetterkunde eine wertvolle Probe seines geradezu erstaunlichen Gedächtnisses für Wettervorgänge leit dem Jahre 1885. Das Wettergeheimnis dieses Mannes umfaßt einen Zeitraum von nicht weniger als 37 Jahren. Das Sonderbare dabei ist, daß der Herr Schrader die Wettervorgänge nicht etwa aufgeschrieben, sondern seit seinem 10. Lebensjahre im Gedächtnis behalten hat. Er erinnert sich, ohne sich lange zu befinden, genau an die Wolkensformationen an einem bestimmten Tage und den Verlauf der Witterung bis in die tiefsten Einzelheiten. So antwortete er auf die Frage nach dem Wetter am 13. August 1907, „Es regnete sehr häufig, sonniger Tag. Recht warm. 21 Grad Celsius. Gegen Abend Gemütung und dann Gemitter, das bis zum nächsten Tag dauerte.“ Selbst das Kreuzverhör, in das Schrader von den Meteorologen, mit den Wittern ihrer Wetteraufzeichnungen in der Hand, genommen wurde, ergab nicht eine einzige Falsch-











